Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 5

Artikel: Auf dem Wege zur Gleichheit
Autor: Urech, Arnold
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337193

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

39. JAHRGANG
MAI 1960
HEFT 5

ROTE REVUE

ARNOLD URECH

Auf dem Wege zur Gleichheit

Vorbemerkung: Diese Darlegung der Politik der englischen Arbeiterpartei ist vom Parteitag der Labour Party in Blackpool im Oktober 1956 diskutiert und gutgeheißen worden. Der Sekretär der Labour Party, Morgan Phillips, hat uns die Übersetzung ins Deutsche und die Veröffentlichung in der «Roten Revue» gestattet. Es handelt sich um eine freie Übersetzung der wesentlichsten Teile der Broschüre «Towards Equality».

Einleitung

Vor fünfzig Jahren steckte die Labour Party der britischen Politik ein neues und radikales Ziel. Sie beschloß, den Mechanismus der parlamentarischen Regierung nicht bloß zu gebrauchen, um das «Land zu regieren», sondern um das Wesen der Gesellschaft selbst zu ändern. Der Macht des Vorrechtes und des Reichtums und den Werten einer kapitalistischen Gesellschaft setzte sie die Ideale des demokratischen Sozialismus entgegen.

Sie verkündete die Forderung nach einer neuen und klassenlosen Gesellschaft: gleiche Aussichten für die Jugend der Nation, unbekümmert um Geburt, Geschlecht und Besitz; eine gerechte Verteilung und eine planmäßige Ausdehnung des nationalen Reichtums; das Recht auf Arbeit; die Beseitigung der Armut; Gemeineigentum; Kontrolle oder Verbreitung wirtschaftlicher Macht; Dienst, nicht Profitsucht, als treibende soziale Absicht... Die Reformen der zwei Arbeiterregierungen von 1945 bis 1951 schufen den Wohlfahrtsstaat, auf den die Arbeiter mit Recht stolz sind...

Wenn wir England heute ehrlich betrachten, müssen wir zugeben, daß von einer wirklichen Gleichheit der Chancen noch nicht die Rede sein kann; Vorrechte bleiben in vielen Formen verschanzt; die Verteilung des nationalen Reichtums ist immer noch willkürlich und ungerecht; im wesentlichen ist unsere Gesellschaft – und wird so empfunden – eine Klassengesellschaft.

Wir sind selbstverständlich nicht nur daran interessiert, das was produziert wird, gerechter zu verteilen. Wir wollen eine möglichst schnelle Zunahme unserer Gesamtproduktion, gleichzeitig mit ihrer gerechteren Vertei-

lung. – Wir verwerfen die Ansicht, daß große Ungleichheit ein notwendiges Zubehör des wirtschaftlichen Fortschrittes sei. Wir glauben im Gegenteil, daß die Ungleichheiten, welche unsere Gesellschaft immer noch entstellen, eines der größten Hindernisse für die so notwendige Anstrengung zu höherer Produktivität bilden.

I. Teil

Die gegenwärtigen Ungleichheiten

In dieser Darlegung prüfen wir die hauptsächlichen zeitgenössischen Ungleichheiten. Unser Ziel ist erstens, die Probleme festzustellen, die Maßnahmen zu skizzieren, die ergriffen werden müssen, wenn wir weiter zu einer sozialistischen Gesellschaft fortschreiten wollen. Wir haben diese Untersuchung notwendigerweise auf unsere eigene Nation beschränken müssen. Wir müssen es aber von Anfang an klarmachen, daß die fundamentalen sozialistischen Ideale, an die wir glauben, nicht innerhalb unserer eigenen Grenzen eingeengt werden können. Wir müssen alles tun, damit sie überall in der Welt verwirklicht werden. Ungeheure Unterschiede in der Lebenshaltung zwischen verschiedenen Nationen sind ebenso unerträglich wie zwischen den Klassen innerhalb einer und derselben Nation. Auch lassen wir nicht gelten, daß die auf Hautfarbe, Rasse, Geschlecht oder Glauben gegründete Diskriminierung, ob daheim oder auswärts, je gerechtfertigt werden kann, oder daß ein Volk ein ihm innewohnendes Recht habe, über ein anderes zu herrschen.

Gleichheit und Erziehung

Eine wichtige Ursache der Ungleichheit in der britischen Gesellschaft ist das Erziehungssystem. Mit Recht wenden sich die Verfasser gegen die traditionsgebundenen Standesschulen, deren Besuch nur den Kindern begüterter Eltern möglich ist und die überdies nicht nur einen Dünkel, sondern auch einen besonderen Klassenausblick und ein besonderes Benehmen entwickeln. Diese Schulen errichten gesellschaftliche Schranken, fördern das Klassenbewußtsein, nähren die gesellschaftliche Aufgeblasenheit. Die von unserem Schulsystem gespielte Rolle in der Aufrechterhaltung der Klassenunterschiede ist so von größter Wichtigkeit.

Eine Schlußfolgerung aber muß gezogen werden: Eine klassenlose Gesellschaft und unsere gegenwärtige Form der Erziehung können nicht in Einklang gebracht werden. Wir können das eine oder das andere, aber wir können nicht beides haben.

Es braucht Zeit, die *Gleichheit der Chancen* herzustellen. Trotz den Nachkriegsveränderungen in unseren Schulen und Universitäten, der größeren

Gleichheit der Einkommen und des größeren Gebrauchs der wettbewerbenden Auswahl sind die Chancen immer noch keineswegs gleich.

Gleichheit und Arbeit

Die Behandlung der beschäftigten Arbeitnehmer war und ist noch immer eine der mächtigsten Quellen der Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Dies ist nicht bloß eine Frage der Einkommenshöhe... Die Unterschiede sind vielfältiger Art: Arbeitsstunden, Beschäftigungsmethoden, Dauer der Ferien, Annehmlichkeiten am Arbeitsplatz; Unterschiede beruhen auf der Tatsache, daß für einige die Möglichkeiten der Einkommenssteigerung und der Aufstiegsgelegenheit früh im Leben aufhören, während für andere solche Möglichkeiten weiter offenbleiben; wesentliche Unterschiede kommen auch in der ungleichen Behandlung in Zeiten der Not zum Ausdruck.

Wird ein hoher Beamter krank, so kann er sein Gehalt unbeschränkt weiterbeziehen, er kann sogar einen bezahlten Auslandsferienaufenthalt zur Beschleunigung seiner Genesung bekommen. Die gewöhnlichen Angestellten können mindestens ein volles Monatsgehalt erwarten, vielleicht noch einen Monat mit halber Bezahlung. Die gewöhnlichen Arbeiter aber können in neun von zehn Fällen keine Hilfe und keine Bezahlung von ihren Arbeitgebern während der Krankheit erwarten. Ohne die Hilfe des Staates hätten sie nichts. Jedoch hat der Unterschied zwischen normaler Bezahlung und nationaler Versicherungsleistung einen empfindlichen Einkommensverlust zur Folge.

Die gleiche ungerechte Behandlung wie im Krankheitsfalle wiederholt sich bei der Pensionierung, wo die höheren Beamten und Angestellten große Abfindungssummen oder eine ausreichende Pension erhalten, während der Durchschnittsarbeiter mit einer Pension vorliebnehmen muß, die nicht einmal an die Hälfte des Lohnes heranreicht.

Auch bei Entlassungen infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Firma wird der Lohnverdiener benachteiligt.

Gleichheit und Einkommen

Sich selbst überlassen, verteilt das kapitalistische System die Einkommen auf eine Weise, die offenkundig ungerecht ist. Eine kapitalistische Einkommensstruktur erstreckt sich von der untersten Armutsgrenze bis zu hohen und übermäßigen Spitzeneinkommen. Lange und mühsame Arbeit wird oft gering entlöhnt, während Arbeit, die leicht und zufriedenstellend ist, gewöhnlich gut bezahlt wird. Um alles zu übertrumpfen, sind in einer kapitalistischen Gesellschaft die größten Einkommen gänzlich oder der Hauptsache nach unverdient.

In den letzten Jahren sind aber, und besonders im letzten Jahrzehnt, mächtige berichtigende Einflüsse am Werk gewesen; die Vollbeschäftigung hat die Arbeitsbedingungen und -beziehungen verändert und die Industrie gezwungen, in ihrer traditionellen Lohnpolitik eine größere Übereinstimmung vorzunehmen. Jetzt, da angenehmere Arbeit gefunden werden kann, müssen die mühsamen und gefährlichen Verrichtungen, wie die Arbeit in den Kohlengruben, in den Docks und bei der Armee, viel angemessener entlöhnt werden, um die nötigen Leute anzuziehen. Zugleich sind die niedrigsten Löhne beträchtlich erhöht und einige der unverantwortlich großen Unterschiede zwischen Löhnen und Gehältern sowie gelernter und ungelernter Arbeit vermindert worden.

Es wurden auch einige Fortschritte in bezug auf die gleiche Behandlung der Frauen- und Männerarbeit gemacht. In der Zivilverwaltung, dem Nationalen Gesundheitsdienst und im Lehrerberuf ist jetzt der Grundsatz «gleicher Lohn für gleiche Arbeit» angenommen worden. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß er in den staatlichen industriellen Betrieben nicht angewendet wird. Überdies besteht kein Zweifel darüber, daß in der Privatindustrie ungerechte Unterschiede in den bezahlten Löhnen noch immer andauern.

Die Ausdehnung der sozialen Dienste hat auch mitgeholfen, die Ungleichheit zu mildern und die Armut noch mehr zu vermindern. Das durch die sozialen Dienste verfügbare Einkommen wird, allgemein gesprochen, dem Bedürfnis gemäß verteilt. So haben Familienzulagen, verbilligte Lebensmittel, der Nationale Gesundheitsdienst und das nationale Versicherungssystem eine wichtige Rolle in der Hebung der Lebenshaltung speziell der geringer bezahlten Arbeiter und ihrer Familien gespielt.

Schließlich bewirkte die progressive Besteuerung eine beträchtliche Neuverteilung der Einkommen. Die Einkommensteuer und die Zuschläge zur Einkommensteuer senkten die großen Einkommen auf ein weit bescheideneres Niveau. Hier müssen wir aber eine äußerst wichtige Einschränkung anbringen – so wichtig in der Tat, daß sie das Bedürfnis nach weitreichenden Reformen in unserem Steuersystem anregt. Die Folgen der progressiven Besteuerung waren je nach der Quelle und der Natur des Verdienstes sehr verschieden. Während einige Bezüger großer Einkommen eine empfindliche Einkommensminderung erlitten, war das bei andern offenkundig nicht der Fall. Das Resultat ist, daß sich viele Leute immer noch einer höheren Lebenshaltung erfreuen, als ihnen ihr Einkommen nach der Bezahlung der Steuern erlauben würde.

Dafür gibt es mehrere Gründe: 1. Man kann vom Kapital zehren; 2. nicht jeder Kapitalgewinn fällt unter den Einkommensbegriff des Steueramtes; 3. Steuerflucht; 4. Steuerumgehung. Unter Steuerumgehung verstehen wir nicht ungesetzliche Tätigkeiten, sondern alle jene zahlreichen und fein an-

gelegten Anordnungen finanzieller Angelegenheiten, die Geschäftsleute und Gutsbesitzer treffen können, ohne das Recht zu brechen, um ihre Steuerverpflichtungen möglichst zu verringern und einen hohen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Dazu gehört auch der überhandnehmende Brauch, Angestellte, besonders älteres Personal, mit solchen unbesteuerten Formen des Einkommens zu entlöhnen, wie Unterkunft, Mahlzeiten und Unterhaltung, Autos und Chauffeure, sogar Reisen und Auslandsferien. Wenn diese Lücken im Steuergesetz geschlossen werden könnten, würden wir in unserem System der progressiven Besteuerung ein sehr wirksames Werkzeug für die Wiederverteilung der Einkommen haben.

Was sind die Wirkungen dieser Einkommens-Neuverteilung? Auf der Grundlage unserer Nachkriegserfahrung sehen wir keinen Grund, das alte Argument anzunehmen, daß große Ungleichheiten des Einkommens als Anreiz zur Arbeit notwendig seien. Auch sind wir nicht der Ansicht, daß die heutigen Sätze progressiver Besteuerung die Arbeitsleistung nachteilig beeinflussen. Niemand findet natürlich Vergnügen am Steuerzahlen. Aber die meisten Leute, die ihre Einkommen durch Überzeitarbeit oder durch Beförderung zu erhöhen wünschen, werden, nach verfügbarem Zeugnis, wegen der Besteuerung davon nicht abgeschreckt.

Diejenigen auf den höheren Sprossen der Einkommensleiter sind zugegebenermaßen in einer anderen Lage. Mit der Einführung einer progressiven Zuschlagssteuer auf Einkommen über 2000 Pfund Sterling jährlich gehen die Steuerbeträge sehr steil in die Höhe. Wir sind jedoch nicht der Ansicht, daß der Vorsitzende einer Gesellschaft, der 2000 Pfund Sterling verdient, oder ein General oder ein Kabinettsminister, der jährlich 5000 Pfund Sterling verdient, nicht sein Bestes tun werde, weil er den Plafond seiner finanziellen Erwartungen erreicht hat oder weil er stark besteuert wird. Ein von den ungeschliffenen Verfechtern der finanziellen Antriebe häufig übersehener Punkt ist der folgende: Je höher ein Mann in seinem Berufe steigt, desto interessanter und befriedigender wird seine Arbeit. Außerdem hat das Argument von der Beeinträchtigung des Leistungswillens schon deshalb keine allzu große Bedeutung, weil die große Mehrzahl der Spitzeneinkommen unverdiente Einkommen sind.

Während wir aber den Gedanken verwerfen, daß grobe Ungleichheiten des Einkommens als Leistungsansporn nötig seien, leugnen wir nicht, daß die Höhe der Besteuerung in gewissen Fällen Probleme schaffen kann. Wir denken an Fälle von fixbesoldeten leitenden, technischen, wissenschaftlichen Fachleuten, deren Konsumkraft auf ihr reines Einkommen nach Bezahlung der Steuer beschränkt ist und die dieses nicht durch Kapitalgewinne, Steuerumgehung usw. ergänzen können. Es handelt sich hier um begabte und wertvolle Glieder der Gemeinschaft, deren Verlust durch Auswanderung für das

Land ein wirtschaftlicher Nachteil wäre. Diese Gefahr können wir nicht ignorieren.

Schließlich haben wir, vorausgesetzt, daß es einen anständigen Mindestlohn gibt, nichts gegen ein System von Belohnungen, das mit der Natur und der Schwierigkeit der Arbeit, der erforderlichen Geschicklichkeit, der getragenen Verantwortlichkeit und den spezifischen Talenten in Beziehung steht. Auf solche Unterschiede begründete Einkommensunterschiede haben einen Sinn. Wie weit schließlich die Differenz zwischen oben und unten, Boden und Decke sein soll, ist etwas, das nicht allgemein entschieden werden kann. Viel hängt von der herrschenden Meinung ab, von der Tradition und den Erwartungen einer jeden Generation.

Gleichheit und Macht

In der modernen Gesellschaft wird die Macht in zunehmendem Maße konzentriert. Da die Organisationen größer werden, gewinnen die an der Spitze gefaßten Entscheidungen zunehmend an Bedeutung. Dies gilt sowohl für die Privatindustrie als auch für Regierungsdepartemente, Gewerkschaften, nationalisierte Industrien und sogar für die politischen Parteien. Hier entstehen wichtige Probleme. Alle diese Körperschaften sind jedoch wechselnden Formen demokratischer Kontrolle und Prüfung unterworfen. In der Privatindustrie liegen die Dinge etwas anders. In der Theorie liegt die Kontrolle der Gesellschaften bei ihren Aktionären, in der Praxis liegt sie im allgemeinen bei sich selbsternennenden, sich selbsterhaltenden Direktionsausschüssen. Das Eigentumsrecht und die Kontrolle wirtschaftlicher Hilfsquellen lassen sowohl große Macht als auch großen Reichtum entstehen . . . Das wirkliche Problem ist die Macht, die jetzt einigen hundert großen Gesellschaften verliehen ist, die zusammen über ungefähr die Hälfte der wirtschaftlichen Hilfsquellen der Nation verfügen. Wie diese Gesellschaften ihre Macht ausüben, ist unvermeidlich eine Sache von nationaler Wichtigkeit. In den Industrien, die sie beherrschen, hängen die zukünftigen Entwicklungen gänzlich von den Entscheidungen ab, die von einer Handvoll Gesellschaftsdirektoren getroffen werden. Wenn sie einstimmig handeln, wie sie es auf Grund von Monopolabkommen häufig tun, können sie in der Tat Preise, Produktion und Exporte weithin beherrschen. Aber selbst wenn sie selbständig handeln, sind ihre Entscheidungen für die gesamte Wirtschaft von ungeheurer Wichtigkeit.

Der Einfluß dieser Gesellschaften ist nicht auf die Wirtschaftspolitik beschränkt. Ihre Entscheidungen beeinflussen auch das soziale Gefüge. Die Löhne und Gehälter, die sie bezahlen, ihre Methoden der Ergänzung des Personals, der Nutzen des sozialen Dienstes, den sie vermitteln, ihre Dividendenpolitik – all dies hat eine große soziale und wirtschaftliche Bedeutung.

Diese großen Ansammlungen privater Macht dürfen nicht mißbraucht werden. Die Direktoren und Besitzer der Privatindustrie sollten Bevollmächtigte sein, die der Nation verantwortlich sind. Die Kontrollen sind aber unzulänglich. Die Kontrolle durch die Aktionäre über Gesellschaftsangelegenheiten besteht dem Wesen nach nicht, und es würde, sogar wenn eine solche Kontrolle möglich wäre, nicht im öffentlichen Interesse sein, sie wieder zu beleben.

Andere Methoden sind deshalb nötig. In einigen Gebieten, in denen diese Gesellschaften die Macht ausüben, sind schon bedeutsame Änderungen vor sich gegangen. Die Macht über die Arbeitnehmer hat zum Beispiel deutlich abgenommen. Die Gewerkschaften waren im Zustande der Vollbeschäftigung imstande, eine gerechtere Verteilung der Einkommen zwischen der Arbeit und der Verwaltung zu erringen. Das berechtigt zum Glauben, daß dieser Prozeß weitergeführt werden wird.

In einigen Fällen kann es möglich sein, die wirtschaftliche Macht durch kräftige Antimonopolmaßnahmen zu zerstreuen. Wo dies aber nicht möglich ist, müssen wir Formen der öffentlichen Verantwortlichkeit, des Eigentums und der Kontrolle entwickeln, die dafür sorgen, daß die wirtschaftliche Macht nur im öffentlichen Interesse ausgeübt wird.

Gleichheit und Familie

Die bestehenden Lohn- und Gehaltszahlungen tragen dem Bedürfnis der Familie keine Rechnung. Der Ansatz wird bezahlt für die Akkordarbeit, und der Satz ist derselbe, ob ein Mann ledig oder Vater von sechs Kindern ist. Was kann getan werden? Die Einkommensteuerabzüge haben sich nur bis zu einem gewissen Grade als wirksam erwiesen. Die im Einkommensteuersystem inbegriffenen gegenwärtigen *Kinderzulagen* haben in der Tat den Punkt erreicht, wo sie für die Bedürfnisse der Familie wenig mehr beitragen können. Ungefähr 70 Prozent aller Familien mit drei oder mehr Kindern bezahlen überhaupt keine Einkommensteuer. Weitere 15 Prozent, die wöchentlich bis zu 15 Pfund Sterling verdienen, bezahlen einen unbedeutenden Betrag. Die Bezüger höherer Einkommen können zwar immer noch irgendeinen Nutzen aus den Erhöhungen dieser Kinderzulagen erwarten, doch handelt es sich hier um eine verhältnismäßig kleine Minderheit. Die gegenwärtige Lage ist so, daß 85 Prozent der großen Familien nicht mehr durch das Einkommensteuersystem geholfen werden kann.

Als wirksameres Mittel, den großen Familien zu helfen, haben sich die *vom Staate* ausgerichteten *Familienzulagen* erwiesen, deren Höhe sich nach der Kinderzahl und nach dem Einkommen richtet. Die Inflation hat aber diese Familienzulage weitgehend entwertet, und gleichzeitig sind andere Arten der Hilfe herabgesetzt worden.

Gleichheit und Armut

In einer so reichen Gesellschaft wie der unsrigen gibt es keine Entschuldigung für Armut. Die Gesamtheit der Güter und Dienstleistungen, die wir erzeugen, ist mehr als genügend, um die menschlichen Grundbedürfnisse zu befriedigen ... Armut besteht heute nicht deshalb, weil wir als Nation arm wären, sondern weil wir es unterlassen haben, unsern Reichtum auf vernünftige und schickliche Weise zu verteilen. Trotz dem großen Ausbau der sozialen Dienste in der Nachkriegszeit haben wir keinen Grund, selbstzufrieden zu sein. Der Wohlfahrtsstaat hat die Armut nicht überall beseitigt.

Gleichheit und Reichtum

Die auffallendste – und gewiß die am wenigsten gerechtfertigte – aller unserer zeitgenössischen Ungleichheiten ist die ungleiche Verteilung des Reichtums. Sowohl wirtschaftlich als auch sozial sind wir immer noch «zwei Nationen». Die Hälfte der Nation besitzt wenig mehr als ihre persönlichen und ihre Haushaltsachen: ein Prozent der Nation besitzt ungefähr die Hälfte des privaten Reichtums der Nation ... Ein Viertel des Reichtums der Nation besteht aus großen Vermögen von 50 000 Pfund Sterling und darüber – und diese sind im Besitze eines Fünftelprozentes der Nation.

Die Ungleichheiten des Einkommens, die aus dem Besitz von Eigentum entstehen, sind natürlich weit weniger annehmbar und weit schwerer zu rechtfertigen als diejenigen, die aus Arbeit entstehen. Die Lage in unserer Gesellschaft ist heute jedoch so, daß die höchsten nicht erarbeiteten Einkommen, die einzelnen Besitzern von Reichtum in Form von Renten, Zins, Dividenden und Kapitalgewinnen zufließen, viel größer sind als die entweder von der Industrie oder dem Staate ihren fähigsten Beamten bezahlten. Ein System, das auf diese Weise das untätige Eigentumsrecht freigebiger belohnt als die geschickteste und aufopferndste Arbeit, ist und wird als falsch empfunden.

Zusammenfassung

Wir halten es für selbstverständlich, daß unsere Gesellschaft ohne soziale Klassen glücklicher und gesünder sein wird. Wir weisen die konservative Ansicht zurück, daß ein Klassensystem die natürliche Ordnung der Gesellschaft sei oder daß die gegenwärtige Verteilung des Reichtums, der Macht und der jetzige Zustand nicht verändert werden sollten oder verändert werden können. Wir behaupten, daß viele unserer gegenwärtigen Ungleichheiten, weit entfernt, notwendige Bedingungen hoher Produktivität zu sein, ernstliche Hindernisse geworden sind.

Die meisten der bestehenden Ungleichheiten können auf die Wirkungen zweier Einrichtungen zurückgeführt werden: erstens das kapitalistische Wirt-

schaftssystem, das mit seiner nicht zu rechtfertigenden Verteilung von Reichtum, Einkommen und Gewinnen die wirtschaftliche Grundlage für eine Klassengesellschaft bestimmt; zweitens bestimmt das Erziehungssystem mit seinen drei abgesonderten Schultypen beträchtlich den sozialen Zustand und die Chancen ihrer Schüler. Nach unserer Ansicht können und sollten diese Einrichtungen umgestaltet werden. Wir halten dafür, daß die Schulen der Nation ohne Schaden für ihren erzieherischen Zweck eher die gesellschaftliche Einheit als die gesellschaftliche Spaltung fördern können; wir glauben, daß wir eine wirksame und eine sich entfaltende Wirtschaft mit einer gerechten Verteilung der Einkommen und Vermögen verbinden können.

Im zweiten Teil dieser Darlegungen umreißen wir die Methoden, durch die eine gerechtere Verteilung der Einkommen und des Reichtums erreicht werden kann.

II. Teil

Einkommen und Reichtum

Wie wir gesehen haben, dauern heute unhaltbare Ungleichheiten des Verbrauches, der Lebenshaltung und des Wohlstandes immer noch an. Sie dauern fort trotz den Nachkriegsveränderungen in der Besteuerung, die deutlich dazu bestimmt sind, größere Gleichheit zu fördern. Viele Mängel in der bestehenden Steuerpolitik beruhen nicht auf den Steuersätzen, die in unserm Lande so progressiv sind wie irgendwo auf der Welt, sondern darauf, was besteuert und was ausgenommen ist. Gegenwärtig werden viele Quellen der Verbrauchskraft, wie Kapital, Kapitalgewinne und Unkosten, unangemessen oder überhaupt nicht besteuert. Unser staatlicher Überbau von Steuersätzen wird auf diese Weise als Mittel der Wiederverteilung weit weniger wirksam gemacht, weil er auf einer schmalen und unvollständigen Steuergrundlage errichtet ist.

Das ist ein schwerwiegender Mangel. Bis dieser beseitigt ist, wird man weiterhin mit Geld eine bevorrechtete Erziehung erkaufen können; nicht die Fähigkeiten, sondern Reichtum und Familienverhältnisse werden zu den bestimmenden Faktoren im Berufs- und Geschäftsleben; die Gleichheit der Chancen wird zuschanden gemacht; die Ungleichheiten in der Lebenshaltung bleiben erhalten.

Steuerumgehung

Das wichtigste Problem ist die Umgehung der Steuer, nicht die Steuerflucht. Die Flucht – die ungesetzliche Nichtbezahlung von Steuern – ruft eher nach Entdeckung und kräftiger Durchsetzung als nach neuer Gesetzgebung. Die Umgehung ist ein weit ernsteres Problem. Sie schließt in sich die Umwandlung von Einkommen und Reichtum aus stark besteuerten For-

men in solche, die weniger stark oder überhaupt nicht besteuert werden. Eine Durchsicht der bestehenden Steuergesetzgebung ist notwendig, um jene Befreiungen und Erleichterungen zu beschränken, die jetzt mißbraucht werden.

Umgehung der Einkommensteuer

Echte Geschäftsausgaben sollen steuerfrei sein; der damit getriebene Mißbrauch dagegen muß verhindert werden. Es geht natürlich nicht an, daß ein Geschäftsmann seine Kunden bewirtet und sich die Unkosten durch das Schatzamt gutschreiben läßt. Zum Schaden des Schatzamtes verrechnen die Geschäftsleute Unkosten und Spesen, «die oft nicht mehr als schwach verhüllte und steuerfreie Zusätze zum Einkommen sind».

Es ist lehrreich, was für Kunstgriffe und Schliche zur Umgehung der Einkommensteuer angewendet werden. Die für vornehme Herren bestimmten Pensionssysteme sehen für die höheren Beamten die Zahlung großer, oft steuerfreier Summen vor, die bis 40 000 Pfund Sterling erreichen können. Auf diese Weise wird die am meisten privilegierte Steuerbehandlung nicht für diejenigen reserviert, welche die größte Not haben, für ihren Ruhestand zu sorgen, sondern für diejenigen, die sich während ihrer Beschäftigung der größten Einkommen erfreuen. Diese Form des Vorrechtes ist in neueren amtlichen Berichten einschließlich desjenigen der Königlichen Kommission über Besteuerung kritisiert worden.

Umgehung der Erbschaftssteuer

Zur Umgehung der Erbschaftssteuer gibt es eine Reihe von Kniffen, sei es auf dem Wege der Schenkung einige Jahre vor dem Tode des Erblassers, sei es auf dem Wege der Übergabe des Vermögens an Treuhänder. Das in landwirtschaftlichem Boden angelegte Vermögen steht im Genuß einer 45-prozentigen Herabsetzung der Erbschaftssteuer. Diese Bevorzugung hat zum Kauf und Verkauf landwirtschaftlichen Bodens ermuntert. Auf diese und ähnliche Weise ist die Erbschaftssteuer zu einem weniger wirksamen Instrument für die Wiederverteilung des Reichtums geworden. Die zu geringe Einschätzung von Vermögen verursacht dem Schatzamt weitere Verluste an Einnahmen.

Dies sind aber nur einige der Löcher, durch welche die Entrichtung der Erbschaftssteuer umgangen wird. Diese Löcher müssen geschlossen werden. Unser Hauptziel ist es, große Anhäufungen von Reichtum zu beseitigen und zu verhüten, daß große wirtschaftliche Ungleichheit durch Vererbung verewigt wird. Anderseits wollen wir einen Mann nicht entmutigen, für Frau und Kinder vernünftige Vorsorge zu treffen. Dies ist ein Anreiz zu Anstren-

gung und Sparsamkeit, der ermutigt werden sollte. Solche Vermögen jedoch, die sich aus lebenslangen Ersparnissen ansammeln, werden wahrscheinlich nicht groß sein, und die darauf bestehenden Steuersätze sind nicht drückend.

Die Verteilung des Reichtums

Das zweite wichtige Problem, vor das wir uns gestellt sehen, ist die fehlerhafte Verteilung des Reichtums, die gegenwärtig die Ursache vieler der größten und am wenigsten zu rechtfertigenden Unterschiede in der Verbrauchskraft ist. Das bestehende System der Erbschaftssteuer kann so verbessert werden, daß es eine größere Wirkung auf die Verteilung des Reichtums hat; aber es gibt noch eine andere wichtige Ursache der Ungleichheit: die Kapitalgewinne; auch dieses Problem muß in Angriff genommen werden.

Die auf Industrieaktien erzielten Kapitalgewinne vergrößern die Ungleichheit. Direkter persönlicher Besitz von Kapital und Aktien ist praktisch auf die Reichen beschränkt. Von den Personen mit jährlich weniger als 1000 Pfund Sterling Einkommen besitzt nur einer von 25 bares Vermögen oder Aktien. Vermögenssteuerstatistiken zeigen, daß große Vermögen bei weitem den höchsten Anteil von Aktieneigentum enthalten. Dies bedeutet, daß die größten Vermögen auch die schnellste Wachstumsgeschwindigkeit besitzen, nicht weil die Reichen als einzelne sparen, sondern weil sie das Aktienkapital der Privatindustrie besitzen, welches das Sparen für sie besorgt.

Die Kapitalgewinne bewahren große Vermögen vor harter, dauernder Herabsetzung durch Erbschaftssteuern. Große Vermögen können weiterhin anwachsen. Solange dies geschehen kann, wird die Verteilung des Reichtums nicht spürbar gleichmäßiger werden, obschon es weniger Millionäre geben mag.

Von den verschiedenen Wegen zu einer besseren Verteilung des Reichtums sieht der erste weitere Maßnahmen der Besteuerung vor, der zweite vermehrten öffentlichen Besitz und der dritte die Förderung einer umfassenderen Verteilung des Eigentums in privaten Händen durch die Ermutigung kleinerer und mittlerer Ersparnisse.

Die Besteuerung des Reichtums

Die großen, bis jetzt der steuerlichen Erfassung entgangenen Gewinne, die durch Geschäfte mit industriellen Wertpapieren und Realvermögen erzielt werden, können durch weitere steuerliche Maßnahmen erfaßt werden. Als neue wirkungsvolle Steuer könnte eine Aufwandsteuer ins Auge gefaßt

werden. Es könnte damit ein doppeltes Ziel verfolgt werden: 1. eine Beschränkung des Verbrauchs aus Kapital und Kapitalgewinnen und 2. eine Ermutigung und Anregung des Sparens. Da die Konsumkraft nur für eine reiche Minderheit wesentlich vom Einkommen abweicht, würde diese Steuer praktisch nur auf jenen Personenkreis begrenzt, der von der progressiven Ergänzungssteuer erfaßt wird; diese Aufwandsteuer könnte an die Stelle der Ergänzungssteuer treten. Es wäre auch eine progressive Steuer, die jedoch nicht auf Grund des Einkommens, sondern auf Grund des Verbrauchs veranlagt würde.

Die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums

Die genannten Maßnahmen lassen jedoch jene Formen von Eigentum, welche die Hauptquellen für die Schöpfung neuen Reichtums sind, den Boden und die Industrie, vornehmlich in privaten Händen. Solange dies der Fall bleibt, wird eine mächtige Tendenz zur Ungleichheit fortdauern.

Daraus folgt, daß der direkteste Angriff auf die Ungleichheit über die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums gemacht werden kann. Dies könnte erreicht werden, indem das Schatzamt die Vermögens- und Erbschaftssteuern nicht mehr nur in Bargeldbeträgen eintreibt, sondern auch in Form von realen Eigentumsrechten. Es könnten also zum Beispiel Aktien zur Bezahlung der Steuern verwendet werden. Auf diese Weise würden Gewinne, die vorher ausschließlich privaten Besitzern in Form von Kapitalgewinnen zuflossen, der Gesamtheit des Volkes zugänglich gemacht.

Die Ausdehnung öffentlichen Eigentums durch Maßnahmen der Nationalisierung, wie die Nachkriegsarbeiterregierungen sie durchführten, berührt auch die Verteilung des Reichtums, obschon volle Entschädigung bezahlt wird. Der durch die Ausdehnung einer Industrie nach der Nationalisierung geschaffene Reichtum gehört der Gemeinschaft und nicht privaten Aktienbesitzern. Wenn aber die bestehende Nationalisierung ihren vollen Beitrag zu größerer Gleichheit leisten soll, sollte der neue Kapitalaufwand in den nationalisierten Industrien entweder aus ihren Überschüssen oder durch einen Überschuß des Regierungsbudgets finanziert werden. Das ist in der Vergangenheit nicht geschehen. Die nationalisierten Industrien entlehnten in großem Maßstabe aus privaten Quellen. Im Gegensatz dazu hat die Privatindustrie seit dem Kriege ihren neuen Kapitalaufwand zumeist aus zurückbehaltenen Profiten finanziert. Daraus folgt, daß ein großer Teil der Entwicklung im Bereich der nationalisierten Industrien durch ein Anwachsen der öffentlichen Schuld erkauft werden mußte. Unter diesen Umständen kann die Nationalisierung nicht ihre volle Wirkung im Hinblick auf eine Neuverteilung des Reichtums ausüben.

Ermutigung des persönlichen Sparens

Der dritte Weg, auf dem wir die Verteilung des Reichtums zu verändern suchen, soll zu einer breiteren Streuung des privaten Reichtums führen. Wenn wir dies vollbringen sollen, müssen mehr Leute zum Sparen ermutigt werden.

Schluß

Die gleichmäßigere Verteilung von Reichtum und Einkommen wird, so glauben wir, einen wesentlichen Zuwachs an materieller Wohlfahrt mit sich bringen. Die ungerechte Verteilung der Einkommen, der Konsumkraft und des Reichtums muß überwunden werden, wenn wir uns unseren großen Zielen nähern wollen: der Schaffung vermehrter sozialer Gleichheit, der Beseitigung jener Vorrechte, die auf dem Gebiete der Erziehung, der Arbeitsbedingungen, der Aufstiegsmöglichkeiten usw. noch immer unsere freie Gesellschaft und unser ganzes nationales Leben entstellen.

MARTEL GERTEIS

Die neue Klasse — im Westen

Mittelständischer Lebensstil bei den Arbeitern

16 000 Briten wurden von einem Meinungsforschungsinstitut über ihre soziale Stellung innerhalb der Gesellschaft, über ihren Lebensstil, ihre Aufstiegschancen, ihre Einkommensverwendung und ähnliche Dinge befragt. Es zeigte sich, daß rund 70 Prozent der britischen Bevölkerung zum Mittelstand gezählt werden müssen. Die eigentliche Arbeiterklasse beschränkt sich auf die Hilfsarbeiter und «niedrige Berufe» und macht 25 Prozent der Bevölkerung aus.

Ich hörte einen Vortrag von Mr. Mark Abrams, Direktor der «London Press Exchange». Sein Bericht über das Resultat der Untersuchung war so spannend, daß ich mir Notizen machte. Es handelt sich im nachfolgenden